

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 330

16. März 2005

11. Jahrgang

"Hier also leiste ich als Frau meinen Beitrag zur Entwicklung meines Volkes..."

Vor einem Jahr ist Dominga Vásquez, Maya-Kaqchiquel-Indígena aus El Tablón, Sololá, als erste Frau in der Geschichte zur Indigenen Bürgermeisterin Sololás auf zwei Jahre gewählt worden. Die *alcaldía indígena* ist eine Institution, die parallel zum staatlich eingesetzten „offiziellen“ Bürgermeisteramt in einigen wenigen Departements des Landes funktioniert. Dominga Vásquez hat ihr Büro in der vor ihrem Amtsantritt mit Geldern der UNESCO renovierten und mit Motiven der indigenen Kultur bemalten *alcaldía indígena* in der Stadt Sololá. Während alle Indigenen und Kommunalen BürgermeisterInnen (*alcaldes/as auxiliares*) ehrenamtlich arbeiten, werden die administrativen Kosten vornehmlich von internationalen Stiftungen und Organisationen gedeckt, der *Fonds für indigene Angelegenheiten* (FODIGUA) beteiligt sich geringfügig, sonstige staatliche Gelder erhält die *alcaldía indígena* nicht. In der offiziellen Gemeindeordnung übernimmt die/der Kommunale BürgermeisterIn durchaus die Repräsentation des offiziellen Bürgermeisters und wird von ihm ernannt. In der Realität jedoch gestaltet sich die Rolle der/s Kommunalen Bürgermeisterin/s eher als dorfeigene Autorität und Vertretung der/s indigenen Bürgermeisterin/s.

In Sololá besteht aufgrund der Entscheidung der lokalen *alcaldía indígena* so gut wie keine Kooperation mit der offiziellen Bürgermeisterei.

Im folgenden Interview erläutert Dominga Vásquez die Aufgaben und Rollen der *alcaldía indígena* und nimmt zu den Vorfällen in *Los Encuentros* Stellung, in deren Zusammenhang unter anderem gegen sie und ihren Mann, Alfonso Guárquez, der als lokaler Korrespondent für die Nachrichtenagentur *cerigua* arbeitet, Anzeige erstattet wurde.

Frage: Welche Rolle hat die Indigene Bürgermeisterei inne?

Dominga Vásquez: Die wichtigste Aufgabe der indigenen Bürgermeisterei ist die Stärkung der Identität der indigenen Völker und die Verteidigung deren Rechte, die ständig verletzt werden. Unsere Bürgermeisterei ist eine komplett indigene Autorität, die sich um Angelegenheiten der indigenen Bevölkerung kümmert. Dazu gehört die Förderung der Beteiligung aller, die Sensibilisierung hinsichtlich der Teilnahme speziell der Frau, denn wir sind ein bisschen marginalisiert und werden nicht beachtet. Es wird behauptet, wir Frauen könnten keine Meinung vertreten und keine Entscheidungen treffen. Aber heute mehr denn je sind wir präsent und nehmen teil, auch wenn wir vielleicht nicht alles 100 %-ig gut machen.

Es gilt auch, ALLE zur Teilnahme zu bewegen, die Männer, Frauen, Jugendlichen, damit die Entscheidungen zu Gunsten ALLER getroffen werden, zu Gunsten der Entwicklung der Gemeinden.

Frage: Wie sieht ein normaler Arbeitstag für Sie aus?

D. V.: Dienstags und Freitags sind wir hier in der *alcaldía*. Am Dienstag empfangen wir gewöhnlich Familien, Personen, Gruppen, die uns über irgendein Problem informieren oder die wünschen, dass ein Problem auf der Basis und nach den Prinzipien des Gewohnheitsrechts der Mayas gelöst wird. Wir hören ihnen zu und machen einen Termin aus, an dem beide bzw. alle involvierten Parteien erscheinen. Dann setzen wir uns zwei, drei Stunden oder manchmal noch länger zusammen und versuchen, eine Lösung für den Konflikt zu finden. Das machen wir mittels Ratschlägen, einer Art von „Erziehung“ und der Erinnerung daran, dass wir als Maya unsere Prinzipien, unsere Werte und Normen haben, die wir respektieren müssen, wie es uns unsere Vorfahren gelehrt haben. Viele Personen können das für sich annehmen und viele haben hier in der Bürgermeisterei ihre Probleme gelöst. Einige Paare waren an dem Punkt, sich scheiden lassen

zu wollen – sie sind wieder zusammen, oder auch bei Nachbarschaftskonflikten versuchen wir, einen Ausweg zu finden.

Am Dienstagvormittag kommen also die Leute zu uns. Nachmittags machen wir alle möglichen Besuche in den Gemeinden, wir suchen ein Komitee auf oder eine Institution oder halten Vorträge in einer Gemeinde.

Unser Arbeitstag am Freitag sieht so aus: Sitzung mit den Kommunalen BürgermeisterInnen, momentan sind dies 50. Wir treffen uns mit ihnen, um zu informieren, zu organisieren, um Entscheidungen zu treffen über Aktivitäten, die mit den Gemeinden veranstaltet werden sollen. Am Nachmittag bleiben nur noch wir Mitglieder der Korporation, das sind elf Personen aus vier Ortschaften (*aldeas*) und neun Kantonen. Im Moment fehlen zwei Gemeinden, die nicht vertreten sind.

Frage: Ihre ganze Arbeit beruht auf ehrenamtlichem Engagement?

D. V.: Ja, das ist ad honorem. Aber in den ersten zwei Monaten dieses Jahres ist es für mich ein bisschen schwierig geworden, denn ich bin noch Lehrerin und arbeite Montags-, Mittwochs- und Donnerstagsvormittags in einer Schule.

Frage: Sie sind die allererste Frau auf dem Posten der Indigenen Bürgermeisterin. Ist dies ein Zeichen für die Frauenrolle in der indigenen Kosmvision?

D. V.: Ich denke schon. Denn in unserer Kosmvision liegt eine grosse Bedeutung auf der Dualität. Von Natur aus braucht es sowohl die Frau als auch den Mann. Hier also erfülle ich meines Erachtens meine Mission und leiste als Frau meinen Beitrag zur Entwicklung, zu all den Aktivitäten meines Volkes. Denn alle haben wir eine Mission, nicht nur der Mann, sondern auch die Frau. Ich denke also, dass ich

bei dieser Gelegenheit einen Teil dessen forme, was es schon lange hätte geben müssen. Denn seit Gott die Welt schuf, dachte er an die Dualität, in zwei Verschiedene. Und hier in der *alcaldía* wird das mehr oder weniger erfüllt, auch wenn es viel mehr Frauen geben müsste.

Frage: Aber konterkariert denn die Tatsache, dass vor Ihnen noch keine Frau in dieser Autoritätsfunktion akzeptiert worden ist, nicht das Denken der notwendigen Dualität?

D. V.: Das stimmt, da dominiert das so genannte Macho-Kriterium die Kosmvision. Es überwiegt also ein bisschen Egoismus und vor allem der *Machismo*, demgemäss der Mann über der Frau zu stehen hat. Aber das stimmt nicht mit der Kosmvision *sui generis* überein.

Frage: Welche Bedeutung hat denn für Sie Ihr Geschlecht für Ihre Funktion?

D. V.: Es bedeutet einen Beitrag, es bedeutet auch rechtliche Gleichstellung, es bedeutet Fähigkeit, Demokratie.

Es muss ab jetzt einfach mehr Frauen hier geben. Doch es ist eine schwierige Aufgabe - auch für mich -, dies auch tatsächlich zu erreichen.

Frage: Wie wird ihre Rolle als eine Frau, die teilnimmt, von Seiten der Männer betrachtet?

D. V.: Nun, es gibt ein paar Personen, die ausreichend gebildet sind - ich spreche von den Männern - die meine Teilnahme akzeptieren. Aber es gibt auch Männer, die nichts davon halten, die mich nicht unterstützen. Sie versuchen, mich falsch zu informieren. Ich habe bislang dem stets Paroli geboten.

Wir sind in die Gemeinden gegangen, um die Frauen zu organisieren, um ihnen klarzumachen, dass wir Frauen zu allem fähig sind und nicht nur für die Familie oder den Haushalt oder, um Kinder zu gebären.

Dabei hat uns eine Kollegin begleitet, die Expertin ist in Fragen der Gemeindeentwicklung, sie kümmert sich um die Organisationen in den Gemeinden und die Sensibilisierung und Weiterbildung mittels Workshops.

Frage: Wie gehen die Frauen denn mit dieser für sie neuen Rolle um?

D. V.: Sie nehmen es tatsächlich an. Doch sie wollen in erster Linie konkrete Lösungen für ihre Probleme. Es gibt viel innerfamiliäre Gewalt, es gibt viele Trennungen, es herrscht viel Armut, gerade für die Frau, denn sie bleibt zu Hause, kümmert sich um die Kinder, macht sauber, den Haushalt und geht nicht hinaus, um zu arbeiten. Deshalb hat sie kein eigenes Einkommen, sie ist fast zu 95% von ihrem Ehemann abhängig. Das macht sie sehr verletzlich. Und das betrifft den Grossteil der Frauen, was uns sehr besorgt.

Doch wir haben keine konkreten Lösungen an der Hand, denn wir haben keine Ressourcen, ihnen zu helfen. Ich glaube, das ist Aufgabe des Staates, Programme zu starten, insbesondere für die Frauen.

Frage: Und wie gehen die Männer damit um, wenn Sie nun die Frauen zur Aktion aufrufen?

D. V.: Einige sind sehr zufrieden und unterstützen die Beteiligung ihrer Ehefrauen. Aber andere zeigen deutlich ihren Unmut.

Frage: Sie sind jetzt seit einem Jahr auf Ihrem Posten: Was war für Sie die grösste Herausforderung und was war einfacher, als Sie vorher erwartet hatten?

D. V.: Nun, ich dachte immer, dass alles sehr schwierig und kompliziert sein würde, denn als Frauen hatten wir bislang stets nur einen sehr eingeschränkten Handlungsraum. Ich befürchtete also, dass es schwierig sein würde, alle Aktivitäten durchzuführen. Aber dann im Amt hab ich festgestellt, dass ich dazu fähig bin, auch wenn ich vielleicht nicht alles 100%ig gut mache. Aber ich stehe an der Front, ich bereue nichts und habe vor, dieses Jahr zu einem guten Ende zu bringen.

Was ich als einfacher erwartet hatte war, dass die Herren Kommunalbürgermeister ihre Beiträge leisten würden, um die ganze Arbeit abzudecken. Doch das ist nicht ganz so einfach, denn die Mehrheit von ihnen ist nicht zur Schule gegangen und sie erhalten auch kein Honorar, um die Aktivitäten durchzuführen. Sie machen nur das, was sie können. Man muss ihnen also ziemlich viel helfen, ihnen Fortbildungen anbieten und sie besser orientieren. Aber in ihren Gemeinden sind sie doch Autoritäten. Sie sind es, die Entscheidungen treffen, sie lösen alle möglichen Probleme.

Frage: Wer kommt denn dann hier in die alcaldía, wenn die Kommunalen BürgermeisterInnen bereits die Konflikte in den Gemeinden lösen?

D. V.: Manchmal werden die Probleme bereits in der Gemeinde mit dem/r Kommunalen BürgermeisterIn behandelt, aber wenn sie keine Lösung finden, kommen sie hierher. Andere wollen gar nicht erst zu dem/r lokalen BürgermeisterIn gehen.

Es gibt auch die Situation, dass nicht alle Gemeinden eineN eigeneN BürgermeisterIn haben. Manchmal sind die Kommunalen BürgermeisterInnen für vier, fünf oder gar acht Dörfer zuständig, da wird es für sie etwas schwierig, sich um alle Probleme zu kümmern.

Frage: Wer wählt denn die Kommunalen BürgermeisterInnen?

D. V.: Die Gemeindemitglieder selbst. In einer Versammlung wählen sie zwei, drei KandidatInnen aus, abhängig von den

Kriterien. Und auf Orts- und Kantonebene finden ebenfalls Wahlversammlungen statt. Und schliesslich kommen auf kommunipaler Ebene alle RepräsentantInnen der Gemeinde für die Wahl zusammen. Abhängig von den Stimmen werden die Ämter verteilt. Die/der mit den meisten Stimmen wird ersteR BürgermeisterIn, die/der Nächste zweiteR, deren VertreterInnen, die Räte und die Kommissionen und so weiter.

Frage: Anfang dieses Jahres hat der Oberste Gerichtshof angekündigt, das indigene Recht in die offizielle Gesetzgebung aufzunehmen. Was ist von dieser Meldung zu erwarten?

D. V.: Nun, das ist für uns von grosser Bedeutung. Denn es würde die Form der Konfliktlösung der Maya berücksichtigt, es würden die indigenen Autoritäten gewürdigt werden, denn einen Konfliktfall vor das Justizsystem des Staates zu bringen, hat viele Nachteile.

Der Einbezug des Maya-Systems ist uns sehr wichtig, aber auch, dass es tatsächlich angewendet wird. Das bedeutet also, dass die Person, der ein Delikt zugeschrieben wird, die Chance bekommt, wieder in die Gesellschaft eingebunden zu werden und v. a. in den Dienst der Gemeinde genommen wird, anstatt eingesperrt und abgesondert zu werden, wo sie im Zweifel noch viel schlimmere Dinge lernt... Aber dieses Problem haben wohl noch andere Länder ausser Guatemala.

Frage: Die indigene alcaldía in Sololá ist eine von wenigen in diesem Land. Gleichzeitig gibt es hier Niederlassungen des Menschenrechtsprokurats (PDH) und des offiziellen Justizsektors. Besteht zwischen diesen drei Institutionen eine Zusammenarbeit?

D. V.: Es gibt viele Angelegenheiten, in denen wir uns miteinander koordinieren. Aber es gibt auch viele eher simple Aspekte, die wir alleine bewältigen und zu denen wir nicht noch mehr Leute zusammenerufen.

Es gibt durchaus ernste, schwierige Fälle, in denen wir um Unterstützung bitten, zum Beispiel auch das Innenministerium oder die Staatsanwaltschaft.

Frage: Ich kann Ihnen natürlich eine Frage zum Thema der Minen und den gewalttätigen Vorfällen in Los Encuentros am 11. Januar nicht ersparen. Vor wenigen Tagen hatten Sie mit einer Delegation ein Gespräch mit Regierungsfunktionären wie Vizeminister Stein und anderen. Was ist bei diesem Treffen herausgekommen?

D. V.: Ich würde Ihnen gerne den Ursprung des Konflikts etwas näher erläutern. Denn in Guatemala ist es leider so, dass die Gesetze für einige wenige gemacht werden, die nicht die Interessen des Volkes berücksichtigen. Ich beziehe mich dabei auf das Minengesetz.

Wir indigenen Völker sind noch nie konsultiert worden und werden auch nicht informiert. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung und Organisationen versuchen, sich die Informationen selbst zu beschaffen, obwohl dazu eigentlich der Staat verpflichtet ist.

Wir haben also herausgefunden, dass es im Land viele Konzessionen für den Abbau von Bergwerkminen gibt, die die Mineralvorkommen völlig ausbeuten und dabei Chemikalien verwenden, die alles Leben auslöschen und die gesamte Natur verschmutzen und zerstören.

Aber wir Indígenas leben von der Mutter Natur. Deswegen sind wir empört, traurig, gar wütend, wenn irgendwelche AusländerInnen kommen und sie ausbeuten. Das ist der Grund dafür, dass die BewohnerInnen von Sololá zusammengekommen sind und manifestierten: „Wir sind dagegen, dass unsere Mutter Natur zerstört wird.“

Anfangs hatten wir erfahren, dass ein Zylinder nach Huehuetenango transportiert werden sollte, wo angeblich eine Brücke gebaut werden sollte. Es wurde uns nicht gesagt, dass er für den Minenabbau in San Marcos gedacht war. Der Brückenbau hätte uns nicht gestört, aber es sollte die Fussgängerbrücke in Los Encuentros abmontiert werden, weil der Zylinder nicht darunter herpasste. Das führte zum Konflikt. Und die Leute hier sind sehr spontan. Sie sagen: „Das ist nicht in Ordnung, wir werden die Aktion aufhalten!“

Es gibt niemanden, der ihnen sagt, was sie machen sollen. Die Leute denken selbst nach und analysieren die Situation. Das Resultat war also die Blockierung des Zylinders.

Die Bevölkerung erwartete, dass die Regierung uns eine Erklärung geben würde, wenn der Zylinder passierte, warum es Minenlizenzen in Sololá gibt, und egal, ob es sich um die Exploration oder den Abbau handelt, wo diese stattfinden sollten. Aber da kam nichts.

Darum sind wir auf den Gouverneur von Sololá zugegangen, um ihn um einen Dialog zu bitten. Wir haben uns mit ihm getroffen und ihm einen Stapel von Petitionen überreicht, die er in Empfang ge-

nommen hat. Aber bis heute wissen wir nicht, ob er sie mit zum Präsidenten genommen hat, denn er hat uns keine Informationen mehr zukommen lassen.

Am 11. Januar besetzten die Polizei und die Armee die *Panamericana* hier in der Region, was die AnwohnerInnen verwunderte, denn nach den Friedensverträgen wurde die Zone demilitarisiert und die meisten Militärbasen im ganzen Land aufgelöst.

Die jetzige Invasion provozierte Ärger in der Bevölkerung, die hinging, um zu fragen, was da vor sich ginge und warum. Plötzlich wurde geschossen und Tränengas geworfen. Es gab viele Verletzte. Viele sind sogar ernsthaft verletzt worden und ein Mann aus Los Encuentros ist gestorben.

(Während bislang stets davon die Rede war, dass dieser Mann aus Neugier auf die Strasse gelaufen und auf dem Rückweg bzw. beim Weglaufen von hinten in den Rücken geschossen worden war, stellt der Bürgermeister von Sololá, Esteban Toc Tzay, der als Vermittler zur Stelle gerufen worden war, die Behauptung auf, er selbst habe aus einiger Entfernung gesehen, dass der Mann bewaffnet gewesen sei und auf die Polizei geschossen hätte. Gleichzeitig belegen Fernsehbilder von der Szene, dass die den Zylinder zu Fuss eskortierenden Polizeikräfte auf dem Streckenabschnitt von Los Encuentros ziellos in die Hänge schossen. die Red.)

Die Regierung sagt, dass es an der Bevölkerung selbst gelegen habe. Sie wirft uns nun vor, dass wir Waffen hätten – was nie der Fall war. Wir verfügen überhaupt nicht über das Geld, uns welche zu kaufen – und wir brauchen sie ja auch gar nicht, denn wir sind weder PolizistInnen, noch Militär, noch Kriminelle.

Aus Anlass der Vorkommnisse hat der Herr Gouverneur Klage eingereicht und ganz bestimmte Leute als Verantwortliche aufgeführt, mit Namen, Arbeitsstelle und Verwandtschaftsbeziehungen.

Nun, am 11. Februar haben wir uns dann mit dem Vizepräsidenten Stein getroffen. Dem haben wir die ganze Ge-

schichte erzählt. Er hatte jedoch so seine Zweifel, da die Medien die These verbreitet hatten, dass das alles von uns geplant gewesen sei. Zudem meinte er, dass er hinsichtlich der Anklagen nichts machen könne, da die verantwortliche Instanz unabhängig sei und die Staatsanwaltschaft und das Innenministerium den Rechtsermittlungen folgen würden.

Hinsichtlich der Minenlizenzen teilte uns der Vizepräsident mit, dass eine Konzession bereits zurückgezogen wurde, während die andere mit Namen Palästina in der Gegend von Santa Clara la Laguna, San Juan und San Pedro, noch besteht. Beide liegen im Departement Sololá.

Frage: Welches ist denn der Stand der Dinge in Bezug auf die Anzeigen gegen Sie und ihre KollegInnen?

D. V.: Diesbezüglich ist uns nichts Neues bekannt. Die Staatsanwaltschaft rührt sich nicht und informiert uns auch nicht, ob der Fall weiterverfolgt wird. Aber allem Anschein nach hat der Gouverneur keine Beweise, die er vorlegen könnte. Er lässt sich nicht blicken und geht auch nicht ans Telefon, wenn wir ihn anrufen.

Frage: Waren Sie denn überhaupt am 11. Januar persönlich am „Ort den Geschehens“?

D. V.: Nun, ich war auf dem Weg zu meiner Schule und musste da vorbei. Und just sehe ich mich der Polizei gegenüber. Ein paar BewohnerInnen klärten mich über den Vorfall auf und fragten, was zu tun wäre. Aber man konnte nichts machen. Es war keine Autorität zugegen und niemand, mit dem wir hätten reden können.

Ich habe mich dann zurückgezogen, ich war so empört und bin zur Indigenen Bürgermeisterei gekommen. Aber es waren viele Personen vor Ort, die die Geschehnisse verfolgten.

Laut Angaben des Menschenrechtsprokurats (PDH) waren 2'050 PolizistInnen und 300 Militärs im Einsatz. Das war so ein grosser Zylinder! Unglaublich!

Vielen Dank für das Gespräch!

Kongresspräsident mit eigenen Geheimdienst

Guatemala, 7. März. Seit Jorge Méndez Herburger (GANA) Anfang dieses Jahres die Präsidentschaft des Kongresses antrat, hat er eine eigene Geheimdiensttruppe aufgestellt, deren Aufgabe es ist, die Gespräche der Kongressabgeordneten unter sich oder mit den JournalistInnen zu überwachen. Auch Telefongespräche werden von den Adjutanten Herbürgers abgehört. Die Truppe, angeführt vom Militär Carlos Eddie Radford Bonilla, hat die Aufgabe, alle Informationen, die in den Gängen des Kongresses ausgetauscht werden, aufzunehmen und an den Kongressprä-

sidenten weiterzugeben. Dieser erlaubt sich dann, die Abgeordneten zu rügen, wenn sie gewisse Themen mit JournalistInnen austauschen. Radford Bonilla gehörte dem *Präsidialen Generalstab* (EMP) unter der Regierung von de León Carpio an und ist in Militärkreisen für seine teilweise paranoid ausgeführten Geheimdiensttätigkeiten bekannt.

Die Mitglieder des Kongresses stören sich ob diesem „Überwachungsstaat im Staat“. „Als ich mein Amt im Kongress antrat, tat ich das mit der Idee, in einem Team zu arbeiten. Was ich am wenigsten erwartete war, dass ich dabei

überwacht werde“, ärgerte sich die ebenfalls der GANA angehörende Roxana Baldetti. Und Nineth Montenegro von der ANN meint: „Eine Institution, die sich demokratisch nennen will, sollte nicht von Militärs überwacht werden“.

Herburger selber nennt Radford Bonilla seinen Berater in Sicherheitsfragen. Einen solchen einzustellen habe er sich zu seinem eigenen Schutz und auf Drängen seiner Familie entschieden. Wenigstens zwei der Männer seien nicht nur seine Leibwächter, sondern studierte Leute, die auch Telefonanrufe oder E-Mails für ihn beantworten können.

Live dabei: Am Ende der *Marcha* des 8. März

Guatemala, 10. März. Es war die 11. Demonstration anlässlich des internationalen Frauentags in Guatemala. Die *Koordination 8. März* hatte Hunderte von Indigenen, Bäuerinnen- und Gewerkschafterinnenorganisationen mobilisiert, die in die Hauptstadt kamen, um "ihren" Tag zu begehen. Relativ am Ende des Zuges war die tatsächliche Masse der Demonstrierenden nicht einzuschätzen. Und von wahrer Organisation war auch nicht viel zu erkennen. Diverse Gruppierungen reihten sich mit ihren Transparenten ein, darunter die organisierten Frauen der Maquilas, Menschenrechtsorganisationen, Bildungskommissionen aber auch Frauenkomitees einiger Parteien. Dazwischen fuhren Wagen mit dicken Lautsprechern, aus denen Musik schallte, sowohl Latino-Hits, die beim kritischen Hinhören möglicherweise die Einforderung der Rechte der Frau unterminierten, als auch spezielle Frauenrechts-Lieder. Von weitem hörte man immer mal wieder eine Stimme, die über Mikro die Forderungen der Frauen deklamierte, doch die Slogans verbreiteten sich nicht.

Wenigstens am Ende der Prozession überzeugte die Aktion wenig. Vielmehr erschien die Teilnahme wie eine Pflichtübung, abgenutzt durch die ständige Wiederholung von Demonstrationen zur Einforderung grundlegender Rechte der Bevölkerung und frustriert durch den Eindruck, dass sich eh nichts verändert. Dennoch war eine Welle des Unmuts und der Enttäuschung zu spüren, als bekannt gegeben wurde, dass der Forderungskatalog vom Präsidentensitz nicht entgegengenommen wurde. Beim Passieren eben dieses Gebäudes konnte ich derweil ein Schmunzeln nicht unterdrücken. Die beiden Seiteneingänge waren blockiert von je 12, der Haupteingang von gleich 24 Polizisten, Schulter an Schulter in zwei Reihen, vor sich zudem Absperrungsgitter. Die Frauen können den Männern also doch gehörig Angst einjagen!

Vor dem Höchsten Gerichtshof wurde dem Gang der Frauen Einhalt geboten, um Rigoberta Menchú zu unterstützen. Nach ihrer Klage wegen rassistischer Aggressionen, die 2003 von Mitgliedern der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) gegen sie verübt wurden, startete an diesem 8. März der erste Prozess wegen Rassismus in Guatemala.

Während ein direkter Kontakt und die Übergabe des Communiqués an die Behörden ausblieb, machten vor allem die fliegenden HändlerInnen Gewinn, die kalte Getränke und Eis an die unter der brennenden Sonne brütenden DemonstrantInnen verkauften. Schaulustige am Strassenrand nahmen freudig alle Flyer an, die ihnen in die Hand gedrückt wurden.

Wenigstens auf diesem Weg kamen die Botschaften der Demo auch ans Ende des Zuges. Neben der Forderung "Keine Gewalt gegen Frauen" – laut Angaben der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) sind im Laufe des gerade begonnenen Jahres bereits 75 Frauen gewaltsam umgekommen – konzentrierten sich die Appelle der Frauen auf die Ablehnung des Freihandelsvertrages zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA (TLC bzw. CAFTA). Speziell zurückgewiesen wurden dabei die Gesetze zum Minenabbau und der Generika.

Nachdem der Kongress sich letzte Woche aufgrund des Drucks von Seiten der Zivilgesellschaft dazu gezwungen sah, die Lektüre des Vertrages um drei Tage zu verschieben, um eine Informationsverbreitung unter den Abgeordneten zu ermöglichen, war die erste Lesung nun just auf den 8. März verlegt – und positiv beschieden worden, obwohl sich zu Beginn der Sitzung allein die Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* im Plenarsaal befand. Die *Patriotische Partei* (PP) und die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) trudelten nach und nach ein, die *Nationale Partei der Hoffnung* (UNE) und die FRG blieben zu Hause.

Die anwesenden Abgeordneten konnten immerhin eine Vereinbarung zur Verabschiedung einiger zusätzlicher Gesetze zum TLC unterschreiben.

Trotz des Aufrufes, zusammenzubleiben, um gemeinsam bis zum Kongress vorzudringen, der bereits in den Morgenstunden weitläufig abgeriegelt worden war, löste sich die Menge der Frauenorganisationen auf, als klar wurde, dass die dort mit Schutzschildern festgewachsen scheinende Polizistenmauer nicht zu durchbrechen war. Auf der Abschlusskundgebung im *Parque Central* war letztendlich niemand mehr und die Mikrostimme sprach allein zu den dort sich aus Zeitvertreib aufhaltenden Personen, die nichts

mit der Frauendemo zu tun hatten.

An den Blockaden tummelten sich letztlich fast nur noch Männer – auf beiden Seiten.

Die *Bewegung der Indigenas, BäuerInnen und GewerkschafterInnen* (MIC-SP) hatte die Demonstration der Frauen als Auftakt für ihre eigene Mobilisierung gewählt, die für die nächsten Tagen gegen den TLC geplant sind und am Montag in einen Nationalen Streik kulminieren soll – während die definitive, zweite Lesung des Vertrages für heute, Donnerstag, vorgesehen ist.

Am Mittwoch kam es dann bereits zu Ausschreitungen zwischen ManifestantInnen und der Polizei, die ohne jegliche Vorwarnung die Protestierenden mit Tränengas empfinden, worauf diese Steine, Flaschen und sonstiges auf der Strasse zu Findendes zurückwarfen. Obwohl der Zugang schon Strassen vorher mit höchster Sicherheit blockiert war, wurden die Holztüren des Kongresses zusätzlich mit Stahlstangen verstärkt.

Im Verlauf des Vormittags wurden diverse Stadtbusse in Brand gesteckt, Presseleute wurden von Polizisten gestossen und verletzt, wobei teilweise ihr Equipment zu Bruch ging. Selbst Kinder wurden heftig geschubst, zahlreiche Personen ernsthaft verletzt und festgenommen.

Pünktlich zum 8. März hatte Berger die Schaffung einer Schnelleingreiftruppe mit 512 PolizistInnen und 500 SoldatInnen angekündigt. Als autonome Abteilung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) mit eigenen Wagen und Handlungsunabhängigkeit, kümmert sie sich um „problematische Situationen und kurzfristige Gefahren“ im ganzen Land.

Ursprünglich war der erste Einsatz bereits für den 8. März geplant, doch Präsident Oscar Berger entschied sich dagegen, „damit ein solcher nicht als Einschüchterung von Seiten der sozialen Organisationen aufgefasst wird“.

TLC unter Dach und Fach

Guatemala, 11. März. Mit dem am 11. März verabschiedeten Dekret Nr. 31-2005 wurde Guatemala zum dritten Land Zentralamerikas, das den Freihandelsvertrag mit den USA ratifiziert hat. Nach Tagen des Protests auf der Strasse und politischer Lobbyarbeit bei den Parteien, hat es die Regierungspartei GANA geschafft, die zur Ratifizierung notwendigen 126 Stimmen (bei 12 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen) zu erlangen. Die Ja-Stimmen kamen aus dem Lager der FRG, der PAN, der PP, einiger Kleinparteien sowie der Tags zuvor noch vehementen Gegnerin des Abkommens, der UNE. Was hinter dem Meinungs-

schwung der UNE steckt, ist der Spekulation überlassen. Offiziell heisst es, man habe sich versichern wollen, dass wirklich auch die den TLC begleitenden, sozialen Ausgleichsgesetze verabschiedet würden. 12 solcher Gesetze (darunter sehr umstrittene, wie z. B. das Katastergesetz) sollen bis zum definitiven Inkrafttreten des TLC erlassen werden.

Die GegnerInnen des TLC halten an ihrem für den 14. März geplanten Generalstreik fest und rufen zur internationalen Solidarität auf.

Und Präsident Berger droht damit, die AnstifterInnen des Widerstands gegen den TLC verhaften zu lassen.

Polemik um den Begriff (und die Tat) „soziale Säuberung“

Guatemala, 4. März. Anfang März veröffentlichte das US-Aussenministerium seinen jährlichen Bericht über die weltweite Situation der Menschenrechte. In dem von der lokalen US-Botschaft verbreiteten Teil über die Menschenrechtssituation in Guatemala im Jahr 2004 wird betont, dass der guatemalteke Staat respektvoller mit den Menschenrechten umgegangen sei als im Vorjahr.

Nichtsdestotrotz wird von „glaubwürdigen Informationen über politisch motivierte, illegale Ermordungen von Mitgliedern von Randgruppen, speziell Minderjährigen und vermeintlichen Mitgliedern von Jugendbanden“ gesprochen, sowie von Folter und Missbrauch von Verdächtigen und Gefangenen, Aktionen, in die Agenten der Polizei (PNC) involviert seien. Ebenfalls kritisiert werden das Justizwesen und die Staatsanwaltschaft, welche für die mangelhaften Untersuchungen und die Straflosigkeit verantwortlich seien. Als Quellen, woher diese „glaubwürdigen Informationen“ stammen, werden MINUGUA und das *Büro für berufliche Verantwortung* (ORP) der *Zivilen Nationalpolizei* Guatemalas genannt. Das Vorgehen der Polizei bei der Räumung der Finca Nueva Linda im letzten Herbst wird als Beispiel zitiert, wo Polizisten mehrere besetzende *Campesinos* erschossen.

Das guatemalteke Innenministerium reagierte auf diese Vorwürfe mit einer Presseerklärung, in der es heisst,

man verfüge über keine offiziellen und vertrauenswürdigen Informationen, die eine Beteiligung der staatlichen Sicherheitskräfte an Fällen von sozialer Säuberung beweisen würden. Es sei auch nicht Teil der Politik der Regierung bzw. des Innenministeriums, solche menschenrechtsverletzende Praktiken gutzuheissen, zu befehlen oder zu vertuschen, heisst es in der Erklärung weiter.

Präsident Berger erklärte, er werde nicht offiziell gegen den Bericht protestieren, wie das z. B. Honduras gemacht hat, weil das einer Anerkennung der Vorwürfe gleichkäme. "Es geht hier um eine Polizei, die wir von der letzten Regierung geerbt haben. Im Wissen darum, dass sie korrupt und ins organisierte Verbrechen involviert ist, haben wir im letzten Jahr 500 Polizisten entlassen", erklärte der Präsident.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Reaktionen gewisser Kolumnisten, wie z. B. Edgar Rosales in *Siglo XXI*, die sich nicht so recht entscheiden können, ob sie nun das zunehmende Problem der Gewalt in Guatemala und die Unfähigkeit der Behörden, etwas dagegen zu tun, beklagen wollen oder sich über die Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten durch die USA ärgern sollen.

Das Menschenrechtsprokurat (PDH) hingegen sieht seine Beobachtungen durch den US-amerikanischen Menschenrechtsbericht bestätigt. Prokurator Sergio Morales erklärte, dass

auch Untersuchungen seiner Institution zu dem Schluss gekommen seien, dass Agenten der PNC für willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen und aussergerichtliche Hinrichtungen verantwortlich sind. Und anstatt, dass die Regierung konkrete Massnahmen dagegen ergreifen würde, versuche man, gewisse Sektoren wie z.B. die Jugend, zu kriminalisieren.

Menschenrechtsaktivist Miguel Angel Albizures vom Menschenrechtszentrum CALDH kann zwar „nicht nachweisen, dass die soziale Säuberung Teil der Staatspolitik ist“, kann sich aber gut vorstellen, dass ehemalige Staatsmänner, die heute dem organisierten Verbrechen angehören, in die Morde verwickelt sind.

In den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres wurden im Departement Guatemala 40 Leichen von Personen, deren Identität nicht festgestellt werden konnte und die auf gewalttätige Weise umkamen, unter XX begraben. Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass einige der unbekanntenen Leichen Opfer von sozialer Säuberung sind, in welche die Regierung auf die eine oder andere Art involviert ist.

In Santa Cruz del Quiché forderten Anfang März rund 2'000 Personen mit einer Demonstration die Bestrafung eines Polizisten, der angeklagt ist, im Mai 2004 zwei 17-jährige Schülerinnen entführt und eine davon umgebracht zu haben.

Ikea kauft guatemaltekes Holz

Guatemala, 7. März. Der schwedische Möbelgigant kündigte die Möglichkeit an, in den nächsten fünf Jahren guatemaltekes Holz im Wert von bis zu 300 Mio. US-\$ zu kaufen. Ikea besitzt über 200 Läden in 32 Ländern und hat einen Jahresumsatz von rund 16 Milliarden US-\$. Gemäss Rutger Ultermann, Marketingchef von Ikea Nordamerika, will das Unternehmen Zentralamerika als Rohstofflieferanten stärker berücksichtigen. Im Moment besitzt Ikea eine Fabrik in Mérida, Mexiko, die bereits Holz aus Guatemala für die Herstellung von Sofas bezieht, die in den USA verkauft werden. Dieser Handel soll ausgebaut werden, wobei gemäss Ultermann die guatemalteken Lieferanten die Qualität ihrer Produkte verbessern müssten und das FSC-Gütesiegel für Holz, den so genannte „sello verde“, erlangen. Mit dem FSC – Forest Stewardship Council – Siegel wird ausgezeichnet, wer sich für eine sozial verträgliche und nachhaltige Forstbewirtschaftung einsetzt.

Die guatemalteke Vereinigung der Exporteure nicht-traditioneller Produkte (Agexpront) ist der Meinung, dass der Handel mit Ikea für die Unternehmen der Region ein Anreiz sein kann, die Qualität der Produkte zu verbessern. Ausserdem bezeichnet Agexpront den Einstieg Ikeas in den guatemalteken Holzmarkt als eine Chance für die Holzlieferanten, besseren Zugang zum Weltmarkt zu erlangen.

Eines der grossen Probleme in diesem Zusammenhang ist, dass es in Guatemala keine verbindlichen Regeln oder Vorschriften in Sachen Holzschlag gibt, bzw. solche nicht eingehalten werden.

In diesen Tagen protestierten Hunderte von BäuerInnen sowie die Gemeindebehörden inklusive Bürgermeister der Gemeinde San Agustín Acasagustlán, El Progreso, gegen den rücksichts- und verantwortungslosen Holzschlag, der in den Wäldern der Sierra de las Minas begangen wird. Die Protestierenden organisierten Anfang März eine Blockade

der Strasse, auf der jeweils nachts bis zu 15 Lastwagen mit Holz aus dem Naturschutzgebiet der Sierra de las Minas transportiert werden. Gemäss Erick Paíz, Bürgermeister von San Agustín, ist jeder Lastwagen mit rund 150 m² Holz beladen, was etwa 40 Stämme sind. Zum Teil handelt es sich um bis zu hundert Jahre alte Bäume, die gefällt werden. Die Lastwagen werden begleitet von schwer bewaffneten Männern. Bürgermeister Paíz und die BewohnerInnen von San Agustín fordern von der Regierung, keine weiteren Lizenzen für den Holzschlag in der Sierra de las Minas mehr zu vergeben und eine strikte Kontrolle darüber, wer wieviel Holz schlägt. Die Tatsache, dass die Transporte immer nachts erfolgen, lässt befürchten, dass es sich um illegalen Holzschlag und –transport handelt. Wer, wie Erick Paíz und andere ExponentInnen der Gemeinde, sich wehrt, erhält Drohungen, die gemäss Paíz von der Familie Toledo Aguilar kommen, dem grössten Holzunternehmen der Region.

Urteil im Fall Zamora

Guatemala, 28. Feb. "Am 24. Juni drangen zwölf Schwerebewaffnete, die sich als Angehörige der Staatsanwaltschaft ausgebend an den Wachposten des Stadtviertels vorbeimogelten, in das Wohnhaus von José Rubén Zamora und seiner Familie ein, schlugen, knebelten und bedrohten alle Anwesenden zwei Stunden lang. Mit dem Rat an Zamora, er solle auf seine Familie aufpassen und nicht mit einer Anzeige "die da oben" belästigen sowie mit drei entwendeten Kreditkarten und Waffen aus der häuslichen Sammlung, verschwanden sie schliesslich." So der Beginn des Artikels im ¡Fijáte! 289. Nun ist also, gut 20 Monaten nach dem Vorfall, ein Urteil gegen zwei der VerbrecherInnen gesprochen worden, die den Journalisten und Verlagspräsidenten der Tageszeitung *el Periódico* und dessen Familie so terrorisiert hatten, dass Frau und Kinder zwei Tage später ins Ausland exiliert sind.

Das Überwachen und Vorgehen gegen jegliche als Staatsfeind deklarierte Person war die Aufgabe von Eduviges Funes Velásquez, Ex-Hauptfeldwebel und II. Agent des Geheimdienstes des mittlerweile aufgelösten *Präsidialen Generalstabs* (EMP). Diese Stelle hatte er gemäss den Unterlagen des Verteidigungsministeriums vom 1. Juli 1991 bis zum 31. Oktober 2003 inne.

Nach seiner Entlassung erhielt er als Entschädigungszahlung für seine Dienste 125'000 Quetzales, auf persönliche Anordnung des damaligen Präsidenten Alfonso Portillo. Dabei hatte ihn Rubén Zamora, der aufgrund der Passivität des Justizsystems auf eigene Kosten Ermittlungen durchführen liess, bereits über die mutmassliche Beteiligung von Funes am Überfall gegen ihn informiert. Funes bekam anschliessend einen Job in der Steuersuperintendanz (SAT) mit Sitz in Quiché, blieb jedoch an der Seite des Ex-Präsidenten.

Während dessen Amtszeit hatte die Tageszeitung *el Periódico* eine Reihe von Artikeln gebracht, die die Hinterziehung und Unterschlagung öffentlicher Gelder ankreideten.

Gegen Funes war auch im Zusammenhang mit dem Mord an Bischof Juan José Gerardi ermittelt worden, doch die ADN-Ergebnisse waren nie in die Untersuchungen eingegangen.

Der zweite im Fall Zamora vor Gericht zitierte ist Belter Álvarez, der seit dem 1. Mai 1990 im berühmten-berüchtigten EMP als leitender Feldwebel agierte, nachdem er erste Berufserfahrungen bei der Kriminalpolizei (SIC) gesammelt hatte. Einer seiner Vorgesetzten im EMP war der Justizflüchtige Juan Valencia Osorio, der im Mordfall an der Anthropologin Myrna

Mack als intellektueller Täter zu 30 Jahren Haft verurteilt worden war.

Im Fall Zamora beantragte die Staatsanwaltschaft nun je 29 Jahre Haft für Funes und Álvarez und beschuldigte sie der Verbrechen des Hausfriedensbruchs, der Drohung, Nötigung, Freiheitsberaubung und des schweren Diebstahls. Zudem beantragte die Staatsanwaltschaft, dass Ermittlungen gegen Ex-Präsident Alfonso Portillo wegen mutmasslicher Beteiligung an der Aktion gegen Zamora und unterlassener Anklage eingeleitet würden.

Umso überraschter war die Klägerseite, als das Gericht allein Eduviges Funes verurteilte, und zwar zu 16 Jahren Haft, die zu 8 Jahren verwandelt werden können. Belter Álvarez dagegen wurde freigesprochen aufgrund von mangelnden bzw. mangelhaften Beweisen von Seiten der Staatsanwaltschaft. Die Forderung auf Entschädigung wurde abgewiesen, ebenso der Antrag auf Ermittlungen gegen Portillo, läge doch das Monopol strafrechtlicher Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft.

Während Funes ausreichend von den Opfern identifiziert wurde, wurde Álvarez dadurch gerettet, dass nur ein Opfer, ein Sohn Zamoras, ihn eindeutig erkannte und die Aussage eines unter Schutz stehenden Zeugen als nicht ausreichend glaubwürdig bewertet wurde.

Funes wurden die Widersprüche der eigenen Entlastungszeugen zum Verhängnis, die behaupten, wenige Tage nach der Aussaat bereits ein Maisfeld des Angeklagten gejäet zu haben - zusammen mit ihm. Für Staatsanwalt Mario Castañeda ist es wenig glaubwürdig, dass Unkraut in so kurzer Zeit wachsen soll.

Im Fall von Álvarez stimmten zwar sowohl die Schwester als auch ein Freund darin überein, dass der Angeklagte zur Tatzeit im Fitnessstudio gewesen sein soll. Wie sie jedoch selber dahin gekommen sein wollten, wussten sie nicht mehr.

Die Rechtsdebatte war am 7. Feb. aufgenommen worden. Während des Prozesses wurden 20 ZeugInnen vorgeladen, doch gemäss der RichterInnen haben die Geladenen der Verteidigung grundweg gelogen. Die Staatsanwaltschaft ist nun dazu aufgefordert, gegen 13 ZeugInnen wegen Falschaussage zu ermitteln.

"Álvarez ist ein Held der parallelen Strukturen, ich bin frustriert. Ich verstehe das Urteil nicht. Es hätten beide verurteilt werden müssen," so Zamora nach Urteilsverkündung. Er werde Einspruch erheben, kündigte der Journalist an.

Derweil ist der Klägeranwalt, Nery Rodenas, der Ansicht, dass es in der Urteilsprechung an Mut gefehlt habe, denn seines Erachtens seien alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt gewesen, um die

Angeklagten zu überführen. "Die RichterInnen, die sich nicht trauten, Álvarez zu verurteilen, wuschen sich ihre Hände rein, indem sie die Staatsanwaltschaft mangelhafter Beweisaufnahme beschuldigten", so Rodenas.

Mario Antonio Sandoval befürchtet derweil in seinem Leitartikel in der Tageszeitung *Prensa Libre*, dass, obwohl dem Urteil sicherlich noch eine Reihe von legalen Aktionen folgen werde, alles darauf hinweise, dass es entweder zur Bestätigung des Urteils oder aber gar zur Annullierung desselben komme. Damit wären also zwei Personen mit ihrer Freiheit bedacht, die bewiesenermassen diverse Verbrechen begangen haben.

"Die Besorgnis ob des Urteils geht über eine neue Ungerechtigkeit und einen neuen Beweis des Risikos hinaus, in einem Land mit einer so schmerzhaften Realität wie Guatemala als JournalistIn zu arbeiten. Jegliche Errungenschaften in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Soziales lösen sich einfach auf, wenn das Justizsystem dem Druck der Parallelmächte erliegt. Heute ist dieser Druck noch politisch oder ideologisch. Sehr bald kann er aber von Seiten des organisierten Verbrechens sein. Es gibt einige Fälle, deren Resultat wegen ihrer historischen Konsequenzen und impliziten Botschaften von Bedeutung sind. Das muss berücksichtigt werden von jenen, deren Aufgabe es ist, das Gesetz anzuwenden und Gerechtigkeit walten zu lassen. Oder sollen sie doch sonst irgendeinen Grund finden, um dem organisierten Verbrechen die Existenz zu verbieten", schreibt Sandoval.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.